Abg. Göllner erklärte, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung mittragen könne, vor allem auch eine Vertagung in den Kreisausschuss, weil die Thematik nicht nur den Schulbereich sondern mehrere Fachbereiche betreffe. Nicht nachzuvollziehen sei die Aussage, dass es einerseits für das Projekt keine strengen Vorgaben gebe, sondern die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen seien. Andererseits sei aber die Umsetzung in einem Flächenkreis ungleich schwieriger als in einer kreisfreien Stadt.

Die SPD-Fraktion schlage vor, dass die Verwaltung nach der am 25.03.2015 in Köln stattfindenden Regionalkonferenz zum Thema „Strategien gegen gewaltbereiten Salafismus“ ein Konzept für das weitere Vorgehen vorlege und dabei die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn auslote. Da Bonn bekanntermaßen eines der Zentren für die Anwerbung sei und diese Aktionen nicht an den Kreisgrenzen endeten, mache eine Kooperation Sinn.

Die Vorsitzende stellte zu diesem Vorschlag das Einvernehmen der Ausschussmitglieder fest.